

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Natürlich BL: Konsequenz trennen statt nutzlos verbrennen

2018/830

vom 26. Oktober 2020

1. Ausgangslage

Die Sammlung und Bewirtschaftung der Siedlungsabfälle fallen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden. Unter das kommunale Entsorgungsmonopol fallen demnach auch die Siedlungsabfälle aus dem öffentlichen Raum. Dabei handelt es sich unter anderem um Abfälle aus der Strassenreinigung, der Leerung von Abfallkübeln sowie auch um gelitterte Abfälle (Littering).

Im Kanton Basel-Landschaft, wie auch in den anderen Kantonen, gibt es kein einheitliches Separat-Sammelsystem für Siedlungsabfälle im öffentlichen Raum. Einzige Ausnahme bilden die PET-Getränkeflaschen. Diese werden von der Branche auf freiwilliger Basis flächendeckend in einem schweizweit einheitlichen, selektiven Sammelsystem gesammelt und der hochwertigen Verwertung zugeführt. Teilweise stehen diese PET-Sammelgebilde auch im öffentlichen Raum. Da dieses Sammelsystem bereits sehr gut funktioniert und die Sammelquoten hoch sind, muss diese Separatsammlung weitergeführt und darf durch neue Systeme nicht gefährdet werden.

Gemäss einer Studie des Bundesamts für Umwelt (Quelle: www.bafu.ch > Erhebung der Kehrichtzusammensetzung 2012; BAFU, Publikation 28.01.2014) besteht erhebliches Verbesserungspotential betreffend die Verwertung von Siedlungsabfällen, welche heute in der Schweiz in den Abfallsäcken (Kehricht) landen. Rund ein Fünftel des Inhalts (bezogen auf die Masse) der Schweizer Abfallsäcke könnte über bestehende Angebote kosteneffizient stofflich verwertet werden, wenn die Bevölkerung jede Abfallfraktion gewissenhaft trennen und den Separatsammlungen zuführen würde. Im Vordergrund stehen dabei die Fraktionen Papier (insbesondere Zeitungen), Karton und biogene Abfälle (insbesondere Lebensmittelabfälle). Damit würden jährlich rund 340'000 Tonnen weniger Abfall in einer Kehrichtverbrennungsanlage enden. Im Sinne eines Vergleichs: Die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) Basel hat im Jahre 2019 227'304 Tonnen Abfälle verbrannt (Quelle: www.iwb.ch > Umweltbericht KVA Basel 2019).

Eine vergleichbare Studie zu den im öffentlichen Raum anfallenden Abfällen und dem entsprechenden Verwertungspotential gibt es nicht. Zudem werden die Abfallmengen aus dem öffentlichen Raum nicht einheitlich bzw. separat erfasst. Daher kann das Potential der Abfalltrennsysteme im öffentlichen Raum nur anhand von Pilotprojekten und Erfahrungen anderer Regionen hergeleitet werden.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Umweltschutz- und Energiekommission behandelte die Vorlage anlässlich ihrer Sitzungen vom 14. September und 12. Oktober 2020. Begleitet wurde sie dabei von Regierungsrat Isaac Reber sowie Yves Zimmermann, Leiter AUE, und Dominic Utinger, Leiter Ressourcenwirtschaft und Anlagen AUE.

2.2. Eintreten

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Umweltschutz- und Energiekommission zeigte sich mit dem ausführlichen Bericht des Regierungsrats zum Postulat und der kompetenten Beantwortung der Fragen in der Kommission zufrieden.

Verschiedene Kommissionsmitglieder regten an, der Kanton solle auf die Gemeinden zugehen und einzelne Pilotprojekte unterstützen. Die Verwaltung betonte, dass die Gemeinden das Abfallmonopol innehaben und insofern sei es an diesen, initiativ zu werden. Seitens AUE sei man aber sicherlich bereit, Pilotprojekte, die als Multiplikator angewendet werden können, zu unterstützen.

Einige Mitglieder hoben den pädagogischen Nutzen einer Abfalltrennung an ausgewählten Orten im öffentlichen Raum hervor. Ebenso sei es aber wichtig, dass bereits in der Schule Abfallprävention unterrichtet werde. Nur auf diesem Weg finde eine Sensibilisierung statt und werde Eigenverantwortung bei Menschen gefördert.

Die Kommission interessierte, ob die Zusammensetzung der Abfälle entscheidend für die Effizienz einer KVA sei. Dies wurde seitens Verwaltung verneint. Die Basler KVA sei tatsächlich sehr effizient, weil die Abwärme mit dem Fernwärmeverbund sehr gut genutzt werde. Die 30 KVA in der Schweiz verbrennen ca. 4 Mio. Tonnen Abfall, drei Viertel davon ist Siedlungsabfall oder siedlungsähnlicher Abfall und ein Viertel stammt von Industrie und Gewerbe. Diese Zusammensetzung ist schweizweit etwa dieselbe – mit saisonalen Schwankungen (Herbstlaub, Geschenkpapier um Weihnachten, etc.). Gemäss BUD hätte eine Getrennsammlung im öffentlichen Raum aber keinen Einfluss auf die Energieeffizienz, weil die entsprechenden Abfallmengen viel zu gering seien.

Weiter gaben die unterschiedlichen Ergebnisse der Testversuche in den Städten Basel und Bern zu Nachfragen Anlass. Der Erfolg des Pilotprojekts erklärt sich die Stadt Bern vor allem mit der sehr guten Standortauswahl. Die 37 Abfalltrennstationen wurden an Orten platziert, die eine hohe Frequentierung und eine gute Sozialkontrolle aufweisen. Zudem wurde neben jeder Trennstation ein Plakat aufgestellt, welches darauf hinwies, worum es geht. Ebenfalls liess man die bestehenden Kübel stehen – vor allem, weil diese Aschenbecher enthalten, die Trennsysteme jedoch nicht. Die Stadt Basel hingegen verfolge nach einem weniger erfolgreichen Testversuch am Rheinufer nun einen anderen Weg und teste solare Presscontainer. Bei diesem Pilotprojekt landet sämtlicher Abfall in einem Kübel und kann durch verschiedene Mechanismen komprimiert werden, was dazu führt, dass die Kübel weniger häufig geleert werden müssen.

Ein Kommissionsmitglied wollte wissen, ob aufgrund der positiven Rückmeldungen der Stadt Bern auch im Baselbiet geplant sei, an gewissen Hotspots Trennstationen zu errichten. Dadurch könnte auch eine gewisse Sensibilisierung der Bevölkerung erreicht werden. Seitens Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die 37 Abfalltrennstationen in Bern lediglich knapp 3 Prozent der gesamthaft 1'300 städtischen Abfallkübel ausmachen. Auch habe Bern zwar noch 25 weitere Stationen, die eingesetzt werden können, plane aktuell jedoch keine flächendeckende Einführung des Trennsystems. Es sei zudem zu berücksichtigen, dass stark frequentierte Standorte, an denen soziale Kontrolle gewährleistet ist, in städtischen Gebieten einfacher zu finden seien, als auf dem Land. Ein Kommissionsmitglied könnte sich Hotspots entlang der BLT-Linie vorstellen. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass an bei Haltestellen die Eigentümerschaft (Boden) entscheidend sei. Für praktisch jede einzelne Linie existieren Vereinbarungen, wer die Kübel leert (BLT oder Werkhof der Gemeinde). Dennoch informiert die BUD darüber, dass sich das AUE in ständigem Kontakt mit 25 grossen Gemeinden befinde und das Thema möglicher Hotspots zur Diskussion gestellt habe. Die Umweltbeauftragten der Gemeinden werden zu gegebener Zeit die Ergebnisse ihrer Abklärungen zurückmelden. Die UEK-Mitglieder zeigten sich ob der in Aussicht gestellten Auskunft sehr zufrieden.

3. Antrag an den Landrat

Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen, das Postulat 2018/830 abzuschreiben.

21.10.2020 / bw

Umweltschutz- und Energiekommission

Thomas Noack, Präsident